



# FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament  
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament  
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>  
<http://www.cdu-csu-ep.de>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 20. Juni 2006

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

## **Rechnungshof-Prüfbericht zu Vorbeitrittshilfen für Rumänien und Bulgarien bestätigt alle Befürchtungen mangelnder Beitrittsreife**

"Alle Befürchtungen über die mangelnde Beitrittsreife der beiden Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien bestätigt" sieht die CDU-Europaabgeordnete und Haushaltskontrolleurin Inge Gräßle im Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs über Phare-Investitionsprojekte in diesen beiden Ländern. Die Prüfung erstreckte sich über 510 Mio. Euro in Bulgarien und 1,4 Mrd. Euro in Rumänien und betraf Projekte wie die Postprivatisierung, die Einführung eines öffentlichen Auftragsvergabesystems, den Aufbau von Behörden zur Energieregulierung und Energieeffizienz, Unterstützung bei der Umsetzung von EU-Vorschriften im Umweltbereich, die Qualitätszertifizierung von kleinen und mittleren Unternehmen, die Stärkung der Staatsanwaltschaft, die Ausrüstung der Grenzschutzpolizei, die Drogenbekämpfung sowie die Stärkung der internen Finanzkontrolle und die Reform der Steuerverwaltung. In Rumänien wurden 1,4 Mrd. Euro für die Modernisierung des Gerichts- und Strafvollzugs, des Interbanken-Zahlungssystems, der Regulierung des Wertpapiermarkts, der öffentlichen Auftragsvergabe, der Agrarpolitik und der Qualitätskontrolle in der Lebensmittelindustrie geprüft.

"Alle Projekte betreffen Herzstücke der EU-Politik und die in den Fortschrittsberichten der Kommission als vernachlässigt gerügten Bereiche", so Inge Gräßle. Es sei besorgniserregend, dass "bei der Hälfte der geprüften Projekte die finanzierten Investitionsgüter ganz oder zum Teil zweckentfremdet wurden". Schwachpunkte der Beitrittskandidaten seien "der Mangel an Verwaltungskapazitäten" und ungenügende Kofinanzierungsgelder. Ausdrücklich stelle der Rechnungshof fest, dass die EU-Kommission "die Verwaltungskapazität der öffentlichen Behörden in Bulgarien und Rumänien überschätzt". Außerdem habe man den Eindruck, dass die Kommission in beiden Ländern "weiße Elefanten" finanziere, Technologieprojekte wie Industrie- und Gewerbeparks, mit denen es in den Ländern selbst keine Erfahrungen und Vorstellungen gebe und die damit weder zum jeweiligen Land noch zu seinem Entwicklungsstand passten.

"Der Rechnungshofbericht zeigt eindringlich, dass die Frage der Verwaltungskapazitäten als Beitrittskriterium mehr Bedeutung erhalten muss", erklärte Inge Gräßle. Es stelle sich darum die Frage, was in den verbleibenden Monaten noch getan werden könne, um die notwendige Beitrittsreife wirklich herzustellen.

### **Für weitere Informationen:**

**Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868**

---

**CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**  
Knut Gölz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)  
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)  
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)  
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044